

Gewerkschaftlicher Aktionsausschuss
Keine prekäre Arbeit und tariffreie Bereiche im Verantwortungsbereich des Landes Berlin

**Solidaritätsschreiben
an die Kolleginnen und Kollegen
der Charité Facility Management GmbH (CFM)**

Berlin, 30. März 2021

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

nach 15 Jahren Tariffucht der CFM habt Ihr durch Euren entschlossenen gewerkschaftlichen Kampf voraussichtlich endlich einen Tarifvertrag erreicht. Das lange Kapitel eines tariflosen Zustandes in einem der größten ausgegründeten Tochterbetriebe einer öffentlichen Institution, der Charité, wird damit in naher Zukunft vermutlich beendet.

Ein wichtiger Schritt zur Beendigung des fortgesetzten Lohndumpings in diesem Betrieb, sowie aus dem Niedriglohn heraus und für unser gemeinsames Ziel „TVöD für alle“ wäre damit vollzogen.

Es steht uns nicht an, das Ergebnis der Schlichtung im Einzelnen zu beurteilen noch Empfehlungen hinsichtlich der Befragung der ver.di-Mitglieder auszusprechen.

Wir meinen aber, zum jetzigen Zeitpunkt eine politische Bewertung vor dem Hintergrund der Entwicklung der Tarifaueinandersetzung bei der CFM in den letzten Jahren vornehmen zu können. Nicht zuletzt deshalb, weil der Kampf der aktiven und engagierten Kolleginnen und Kollegen der CFM seit 2016 eng mit dem Kampf des Gewerkschaftlichen Aktionsausschusses (GA) gegen prekäre Arbeit und tarifvertragsfreie Zonen in Landesverantwortung verbunden war und ist.

Es war richtig, dass die ver.di Tarifkommission daran festgehalten hat, dass Daniel Turek als Mitglied der ver.di Verhandlungskommission in der Schlichtung benannt worden ist, nachdem er von der CFM-Geschäftsführung unter fadenscheinigen Gründen gekündigt wurde. Daniel und eine Reihe anderer gewerkschaftlich aktiver Kolleginnen und Kollegen sind mit dem GA verbunden. Daniel wie auch Christian Haberland und Katharina Wehmhöfer gilt unsere volle Solidarität.

Schlichtungen stellen für Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter immer das Problem dar, dass „die Waffen ruhen“ müssen. Und die einzigen Waffen gegen willkürliches Unternehmenshandeln sind die gewerkschaftliche Aktivität im Betrieb und der Streik. Schlichtungen werden dann eingegangen, wenn eine Auseinandersetzung in einer Sackgasse steckt.

Aber es kann weder verschwiegen noch vergessen werden, dass diese Sackgasse von der CFM-Geschäftsführung herbeigeführt wurde in einer Situation, in der ihnen die Corona-Pandemie in die Hände gespielt hat. Sie war es, die durch die Fremdvergabe an die Firma GO! Express & Logistics und durch die Kündigung von zwei Mitgliedern der ver.di Verhandlungskommission, und arbeitsrechtliche Maßnahmen gegen ein Mitglied der Verhandlungskommission, diese Sackgasse aufgebaut hat. Kann man das Vorgehen anders bezeichnen als eine Arbeitskämpfmaßnahme des Arbeitgebers mit dem Ziel, die Kolleginnen und Kollegen einzuschüchtern und den Streik zu brechen?

Während sich die ver.di Tarifkommission und Streikleitung in der Zeit des ersten Lockdown im März 2020 durch Aussetzung des Streiks verantwortlich gezeigt hat, hat die CFM-Geschäftsführung in unverantwortlicher Weise weiter auf die Karte der Zermürbung der Belegschaft gesetzt.

Die Schlichtung hat ein Ergebnis gebracht. Doch die genannten Arbeitskampfmaßnahmen, die Kündigungen der ver.di Tarifkommissionsmitglieder, sind bisher nicht zurückgenommen worden. Das können wir nicht akzeptieren.

Wir fordern den Regierenden Bürgermeister und den Senat auf: Verschaffen Sie dem Recht auf unabhängige gewerkschaftliche Tätigkeit im landeseignen Betrieb Respekt. Sorgen Sie für die Wiedereinstellung von Daniel Turek und Christian Haberland und die Aufhebung der Abmahnung von Katharina Wehmhöfer, drei der vier Mitglieder der ver.di Verhandlungskommission.

Für die im Gewerkschaftlichen Aktionsausschuss engagierten Kolleginnen und Kollegen steht fest: Der Kampf gegen prekäre Arbeit ist erst beendet, wenn das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ verwirklicht ist, und wenn wieder medizinisches und nicht-medizinisches Personal gemeinsam in einem Krankenhausbetrieb arbeiten – zu gleichen Bedingungen, und diese sind im Flächentarifvertrag des TVÖD definiert.

Wir fordern den Regierenden Bürgermeister, den Senat und die Mitglieder des Abgeordnetenhauses auf: Sie können entscheiden, dass die CFM wieder in die Charité zurückgeführt wird.

15 Jahre CFM-Lohndumping würden damit endgültig „zu den Akten“ gelegt werden können.

Dafür wird sich der Gewerkschaftliche Aktionsausschuss auch gerade im Vorfeld der Abgeordnetenhauswahlen im September weiterhin einsetzen.

Solidarischer Gruß!

*Beschlossen auf einer Video- und Telefonkonferenz des
Gewerkschaftlichen Aktionsausschusses am 30. März 2021*